

GRÜNDO

GRÜNE in Dortmund



DANIELA SCHNECKENBURGER

ULRICH LANGHORST

MARIO KRÜGER

SAZIYE ALTUNDAL-KÖSE

MACHEN DEN UNTERSCHIED

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE

GRÜNE

WWW.GRUENE-NRW.DE



ZUM RUMHÄNGEN VIEL ZU SCHADE

WER WIR SIND UND
WAS WIR WOLLEN

Nr. 13
APRIL
2012

Liebe LeserInnen,



NRW wählt ...

Die Minderheitsregierung in NRW ist nicht gescheitert: Sie hat fast zwei Jahre erfolgreich gearbeitet. Gescheitert sind CDU, FDP und Linke, die diese Minderheitsregierung mit ihren Chancen für die parlamentarische Demokratie und demokratische Kultur nicht angenommen haben.

Wahl(kampf)zeiten sind Denkzeiten – und ich freue mich darauf, mit euch allen für unsere Visionen zu kämpfen. Wir GRÜNEN werden nur zu gerne von politischen GegnerInnen auf das Thema Atomkraft reduziert. Und weil wir jetzt in Zeiten einer von einer schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Energiewende leben, sei uns unser zentrales Anliegen verloren gegangen.

Doch wir sehen in Japan all die Desinformation und Entdemokratisierung zugunsten der Atomindustrie und erinnern uns an das, was Robert Jungk schon 1977 in seinem Buch „Der Atomstaat“ geschrieben hat:

„Aber diese Erfindung der Menschen muß ja zudem so streng wie keine andere vor den Menschen selbst bewahrt werden: vor ihren Irrtümern, ihren Schwächen, ihrem Ärger, ihrer List, ihrer Machtgier, ihrem Haß. Wollte man versuchen, die Kernkraftanlagen dagegen völlig immun zu machen, so wäre die unausweichliche Folge ein Leben voll [von] Verboten, Überprüfungen und Zwängen, die in der Größe der unbedingt zu vermeidenden Gefahren ihre Rechtfertigung suchen würden ...

Wer den Ungeheuerlichkeiten, die der Eintritt in die Plutoniumzukunft mit sich bringen muß, nur mit kühlem Verstand, ohne Mitgefühl, Furcht und Erregung begegnet, wirkt an ihrer Verharmlosung mit. Es gibt Situationen, in denen die Kraft der Gefühle mithelfen muß,

eine Entwicklung zu steuern und das zu verhindern, was nüchterne, aber falsche Berechnung in Gang gesetzt hat.“

Die Realität hat diese Sätze eingeholt, und das zentrale Thema der GRÜNEN im vernetzten Sinne ist mehr denn je für die Zukunft unserer Gesellschaft grundlegend.

Unsere Themen sind das eine, genau so wichtig wie unsere Themen ist aber die Art und Weise, wie wir Politik machen. Und kann es nicht sein, dass die Menschen, um deren Stimmen wir werben, auf der einen Seite wissen möchten, dass wir nachhaltige und zukunftsfähige Konzepte haben, gleichzeitig aber spüren möchten, dass dahinter unsere Sorgen um die Zukunft, unsere Wut auf Unmenschlichkeiten, Grausamkeiten und ungezügelter Gier stecken, die unsere Lebensgrundlagen gefährden?

Kann es darum gehen, das Internet zur allein selig machenden demokratischen Plattform zu verklären? (Es soll auch Menschen geben, die daran nicht teilhaben wollen oder können!)

Wir aber brauchen eine Politik, die im besten Sinne transparent und demokratisch ist. Und wir brauchen Menschen, die sich mit all ihren Kompetenzen und Gefühlen dafür einsetzen. Und die wissen, dass der Kampf gegen die Atomkraft noch lange nicht gewonnen ist. Weder in NRW, noch in Deutschland und schon gar nicht weltweit.

In diesen Sinne uns allen einen fröhlichen Wahlkampf.

Hilke Schwingeler

Sprecherin des Kreisverbands Dortmund

Echt schräg

Vorwort: Hilke Schwingeler
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund 2

Unsere Kandidatin im Wahlkreis 111

Daniela Schneckenburger 4 - 5

Unsere Kandidatin im Wahlkreis 112

Şaziye Altundal-Köse 6 - 7

Unser Kandidat im Wahlkreis 113

Mario Krüger 8 - 9

Unser Kandidat im Wahlkreis 114

Ulrich Langhorst 10 - 11

Rekommunalisierung der DEW21

Es kommt der Tag, da will die Säge sägen 12

Das Grillen in Städtischen Grünanlagen ist auch eine soziale Frage

Es geht um die Wurst 13

Grüne Fraktion drängt auf Ausweitung des Drogenkonsumraums

13

Soziale Bürgerrechte garantieren!

Markus Kurth aus Berlin 14

Warum der Kreisverband ein neues Konto hat

Transparente Bankgeschäfte 15

Beitrittserklärung

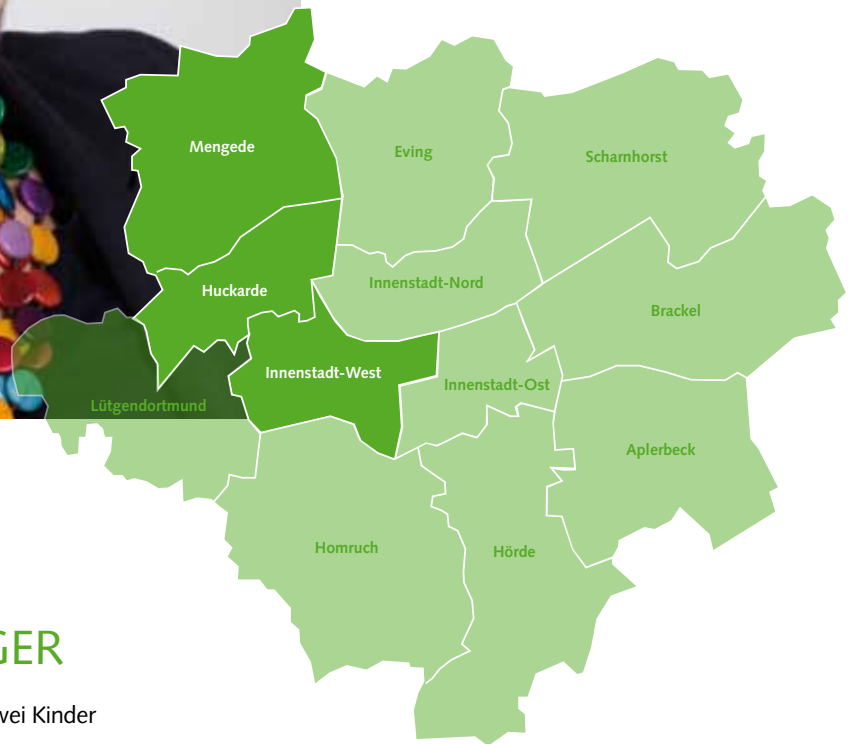
15

Termine, Kontakte & Impressum

16



STADTBEZIRKE
 INNENSTADT-WEST
 HUCKARDE
 MENGEDE



DANIELA SCHNECKENBURGER

51 Jahre alt, im Süden Deutschlands geboren, verheiratet, zwei Kinder

- | | |
|------------------------------|--|
| 1980 bis 1987 | Abitur, Studium Germanistik und ev. Theologie in Heidelberg |
| 1988 bis 1990 | Referendariat in Heidelberg |
| 1990 bis 1992 | Geschäftsführerin einer politischen Bildungseinrichtung in Schwerte |
| 1992 bis 2006 | Lehrerin an einer Gesamtschule im Ruhrgebiet |
| seit 1980 | politisch aktiv in der studentischen Selbstverwaltung in der Friedens- und Frauenbewegung sowie in der Anti-Atom-Bewegung |
| seit 1987 | Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| 1994 bis 2006 | Mitglied im Rat der Stadt Dortmund |
| 2000 bis 2006 | Fraktionsvorsitzende |
| 2004 | Kandidatin zur Wahl der Oberbürgermeisterin in Dortmund |
| 2006 bis 2010 | Landesvorsitzende der GRÜNEN NRW |
| seit 2010 | Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags
stv. Fraktionsvorsitzende, wirtschafts- und wohnungspolitische Sprecherin |
| 2004 bis 2006
und ab 2011 | Mitglied im Bezirksvorstand Ruhr |
| 2004 bis 2009 | Aufsichtsratsvorsitzende der Konzerthaus Dortmund gGmbH |
| 2004 bis 2006 | stv. Aufsichtsratsvorsitzende der Klinikum Dortmund gGmbH |

Telefon: 0160/5 50 04 03
 E-Mail: daniela.schneckenburger@landtag.nrw.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmüder,

Unverhofft kommt oft ... jetzt sind wir unerwartet im Landtagswahlkampf und haben die Chance, in NRW für stabile Verhältnisse und für eine starke GRÜNE Beteiligung an einer neuen Landesregierung zu sorgen!

Und das ist auch gut so: Denn auch wenn das politische Wagnis einer Minderheitsregierung in NRW sich auch in der Rückschau gelohnt hat, weil es gelungen ist, den Politikwechsel für unser Land einzuleiten, so zeigt doch die Blockade des Haushaltes durch die Oppositionsfraktionen auch die Grenzen einer Minderheitsregierung auf.

Wir haben in der gemeinsamen Regierung mit der SPD als GRÜNE vieles möglich gemacht für unser Land:

- ▶ einen Schulfrieden mit längerem gemeinsamen Lernen geschaffen,
- ▶ die Stadtwerke und damit die kommunale Wirtschaft gestärkt,
- ▶ Finanzhilfen für die notleidenden Kommunen auf den Weg gebracht,
- ▶ Studiengebühren abgeschafft,
- ▶ mit einem Tariftreuegesetz Lohndumping bekämpft,
- ▶ die Wohnungsbauförderung wieder sozial und ökologisch ausgerichtet.

Und dennoch. Es gibt viel zu tun – und noch mehr möglich zu machen mit starken GRÜNEN:

Wir brauchen in NRW als dem größten Bundesland einen wirklichen Beitrag zur Energiewende mit einem energischen Ausbau der Erneuerbaren und einer effizienteren Nutzung von Energie.

- ▶ Wir brauchen mehr Fachkräfte.
- ▶ Wir müssen unsere Bildungsanstrengungen für unsere Kinder noch mehr verstärken.
- ▶ Wir müssen jungen Menschen eine Perspektive durch eine qualifizierte

Ausbildung und ausreichend Studienplätze bieten. Denn das Zusammenreffen zweier Abiturjahrgänge und die ohnehin anwachsenden Studierendenzahlen sind eine enorme Herausforderung für die Kapazitäten an den Universitäten.

Gerade für unser Bundesland soll jedoch gelten: Keine und keiner darf verlorengelassen, junge Menschen mit Hochschulabschlüssen, junge Menschen mit qualifizierten Ausbildungen sind das Kapital, auf das das Land zukünftig bauen kann.

Für diese Aufgaben braucht Dortmund eine handlungsfähige und starke Landesregierung, die für die vor ihr liegenden schwierigen Aufgaben eine verlässliche Mehrheit hat. Denn wir stehen als Dortmunderinnen und Dortmüder nicht nur im Standortwettbewerb in NRW, sondern auch national – um die besten Köpfe, um kreative junge Menschen, um Familien, um Menschen, die gerne in Dortmund leben und unser Gemeinwesen stark machen. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Landespolitik, weil viele Aufgaben nicht allein vor Ort zu bewältigen sind. So kommt auf unsere Stadt in den nächsten Jahren aufgrund des demographischen Wandels ein Fachkräftemangel zu, der Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Dortmund haben wird. Darum ist es wichtig, die Fachkräfteinitiative des Landes fortzuführen und unsere Bildungsanstrengungen für qualifizierte Abschlüsse und die Weiterqualifizierung von Menschen zu verstärken. Mit dem Schulkonsens haben wir eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um mehr qualifizierte Abschlüsse in der Spitze und in der Breite zu erreichen. Jetzt braucht der Ausbau von Sekundarschulen unsere Unterstützung.

Lebensqualität statt Wohnungsheuschrecken

Wir wollen auch dafür sorgen, dass eine Stadt wie Dortmund wieder finanzielle Spielräume bekommt, um ihre schwierigen Aufgaben in der Bildungs- und Sozialpolitik, aber auch im Städtebau zu erfüllen. Lebenswerte Städte brauchen ständige

Anstrengungen für eine Weiterentwicklung zu mehr Lebensqualität, zu mehr Grün in der Stadt. Dann kann es den Städten gelingen, sich dem Schrumpfungsprozess mit all seinen Problemen entgegenzustellen. Finanzinvestoren, die im großen Stil Wohnungen aufkaufen und sie nur als Renditeobjekte betrachten, bringen durch unterlassene Investitionen ganze Stadtteile in die Abwärtsspirale. Nirgendwo in NRW wie gerade hier bei uns haben sich die „Wohnungsheuschrecken“ so festgesetzt. Und gleichzeitig ist dies kein isoliertes Problem unserer Stadt. Ich will mich im nächsten Landtag dafür einsetzen, dass das Land die MieterInnen und die Städte unterstützt in ihrem Kampf gegen die Verwahrlosung ihrer Lebensumgebung.

Dafür und für eine Landesregierung, die ein Klima von Weltoffenheit und Toleranz stärkt, die Rassismus und Ausländerfeindlichkeit entschieden entgegnet und die Städte bei ihrem Engagement gegen Rechts unterstützt – dafür will ich gerne im nächsten Landtag eintreten. Die Bürgerschaft, die Stadt, aber auch das Land müssen gemeinsam den engagierten Kampf der letzten Jahre gegen neonazistische Tendenzen in unserer Stadt fortführen. Mit der Beratungsstelle „back up“ haben wir eine Anlaufstelle für Opfer des rechtsradikalen Terrors geschaffen. Das ist ein wichtiger Beitrag des Landes, um bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsradikale Strukturen in unserer Stadt zu unterstützen. Ich bin aber überzeugt, dass wir gemeinsam noch einen langen Atem brauchen, bis dieses Problem in Dortmund und anderswo aus der Welt geschafft ist.

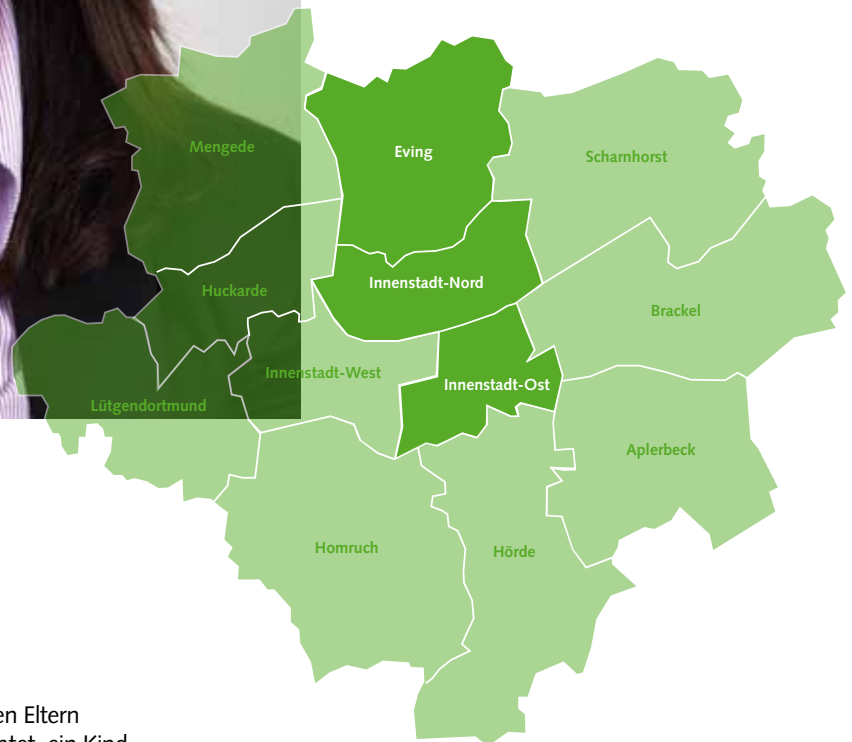
Mit euch und Ihnen, mit deiner und Ihrer Stimme am 13. Mai für starkes Grün in Dortmund!

Dafür bitte ich euch und Sie um Ihre Stimme am 13. Mai: Zweitstimme ist GRÜN-Stimme – Ihre und deine Stimme gegen die große Koalition!
Mit herzlichen Grüßen,

Daniela Schneckenburger



STADTBEZIRKE
INNENSTADT-NORD
INNENSTADT-OST
EVING



ŞAZIYE ALTUNDAL-KÖSE

43 Jahre, geboren in der Türkei, im Alter von 6 Jahren mit den Eltern und zwei Geschwistern nach Deutschland eingereist, verheiratet, ein Kind

- | | |
|---------------|--|
| 1991 | Abitur am Reinoldus-Schiller-Gymnasium in Dortmund |
| 1991 bis 1997 | Studium der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Wirtschaft und Verbände an der Ruhr-Uni Bochum
Diplom-Sozialwissenschaftlerin |
| 1999 bis 2011 | Projektleitung und -koordination von arbeitsmarktpolitischen Projekten
Projektleitung zur sozialen, politischen Integration und Partizipation von verschiedenen Migrantengruppen in Migrantenselbstorganisationen
Vernetzung von Migrantenselbstorganisationen |
| seit 2011 | Erziehungsurlaub |
| seit 2009 | Mitglied im Rat der Stadt Dortmund
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit
Mitglied im Schulausschuss
Aufsichtsratsmitglied städtische Seniorenheime
Mitglied der Regionalkonferenz Unna |

Telefon: 0173/5 22 79 62
E-Mail: saziye.koese@googlemail.com

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder

wie Ihr wisst, konnte der NRW-Landeshaushalt 2012 am 14. März nicht verabschiedet werden. Nachdem CDU, FDP und Linke der Landesregierung durch Ihr Abstimmungsverhalten die Handlungsgrundlage entzogen, war es die richtige Konsequenz der rot-GRÜNEN Minderheitsregierung, den Landtag aufzulösen. Nun bietet sich am 13. Mai 2012 die Chance auf eine rot-GRÜNE Mehrheit mit starken GRÜNEN. Diese Chance müssen wir für ein zukunftsfähiges nachhaltiges, bildungsgerechtes und soziales NRW nutzen.

Wir brauchen für NRW eine starke rot-GRÜNE Mehrheit,

- ▶ um strukturelle und materielle Armut zu bekämpfen,
- ▶ um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zu verwirklichen,
- ▶ um jedem gleiche Chancen auf Bildung und Arbeit zu ermöglichen,
- ▶ um die kulturelle Vielfalt als Chance zu begreifen
- ▶ um Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in all seinen Formen zu bekämpfen.

Meinen Schwerpunkt lege ich dabei auf die Integrations-, Bildungs-, und Arbeitsmarktpolitik.

Soziale Gerechtigkeit

Armutsberichte in Bund und Land zeigen, dass die Kluft zwischen armen und reichen Haushalten immer größer wird. Immer mehr Menschen haben mit den Folgen der Armut zu kämpfen. Besonders Alleinerziehende mit Kindern, kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslose sind betroffen. Sie sind auf staatliche Zuschüsse zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen. Wir benötigen dringend notwendige Verbesserungen bei der Ausstattung von Sozialleistungen. Wir wollen keine Kinder, deren Familien ohne ausreichendes Erwerbseinkommen leben.

Neben allen Einschränkungen, die ein Leben in materieller Armut mit sich bringt, führen vor allem Benachteiligungen bei der Bildung, bei der Gesundheit und bei der Möglichkeit, am öffentlichen Leben teilzunehmen, zu großer Ungerechtigkeit.

Schule der Zukunft

Bildung wird eines der zentralen Themen der kommenden Jahre bleiben. Sie bestimmt nämlich die Zukunftsfähigkeit des Landes. Bildung ist mehr als Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Sie beginnt weit vor der Schule. Sie bedeutet Persönlichkeitsentwicklung, Erziehung zur Demokratie und das Erlernen von sozialen Kompetenzen. Gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Daher zahlen sich Investitionen in frühkindliche Bildung aus. Erwiesen ist, dass Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen, später bessere Bildungsabschlüsse haben. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe und die Basis für ein gerechtes Bildungssystem, Kinder möglichst früh, qualifiziert und individuell zu fördern. Im Bildungsbereich hat die rot-GRÜNE Landesregierung bereits mit der Einführung der Sekundarschulen einen Meilenstein erreicht. Anstatt Selektion und Ausgrenzung ist längeres gemeinsames Lernen die Zielsetzung.

Integration und Migranten

Ein Viertel der NRW-EinwohnerInnen haben einen Migrationshintergrund. Das sind 4 Millionen Menschen. Jeder einzelne dieser Menschen hat eine Lebensbiografie, Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche. Was sie verbindet, ist diese Gesellschaft der Vielfalt, in der sie Anerkennung und Wertschätzung erwarten. Ihr Wunsch nach sozialer Chancengleichheit, Bildung und kultureller Selbstbestimmung ist ein klares Zeichen dafür, dass Ihnen das noch nicht gewährt wird. Wenn wir, wie sehr häufig kundgetan, Migrantinnen und Migranten als Teil und Bereicherung unserer Gesellschaft betrachten, müssen wir das auch in einen rechtlichen Rahmen bringen. Die Grundlagen GRÜNER Integrationspolitik sind rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit. Wir wollen,

dass niemand aufgrund seiner Herkunft benachteiligt wird. Die Vielfalt bedeutet für uns GRÜNE Bereicherung und zugleich Herausforderung. Wir GRÜNE wissen,

- ▶ dass viele Migrantinnen und Migranten seit Jahrzehnten in Deutschland leben und das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben mitprägen,
- ▶ dass viele Menschen mit Migrationshintergrund bis heute in Beruf und Ausbildung benachteiligt werden,
- ▶ dass manche Migrantinnen und Migranten sich zu wenig um ihre Weiterbildung und um die Ausbildung ihrer Kinder kümmern, weil sie das Bildungssystem nicht kennen oder weil es sprachliche Hürden gibt.

Erfolgreiche Integrationspolitik setzt bei den Sprachkenntnissen, bei der frühkindlichen Erziehung und bei Bildung und Ausbildung an sowie im Beruf und bei der Teilhabe an Gesellschaft, Staat und Politik – und insbesondere einer Willkommenskultur an. Wir haben mit dem Integrationsgesetz in NRW ein positives Signal gesetzt. Die Prioritäten sind gleichberechtigte Bildungschancen, fairer Zugang zum Arbeitsmarkt und demokratische Teilhabe. Nun gilt es, das Gesetz mit Leben zu füllen. Hier ist die Art und Weise der Umsetzung von entscheidender Wichtigkeit, um klarzustellen wie ernst die Initiative ist. Es gibt noch viel zu tun!

Darum bitte ich Sie und Euch um Ihre und Eure Stimme!

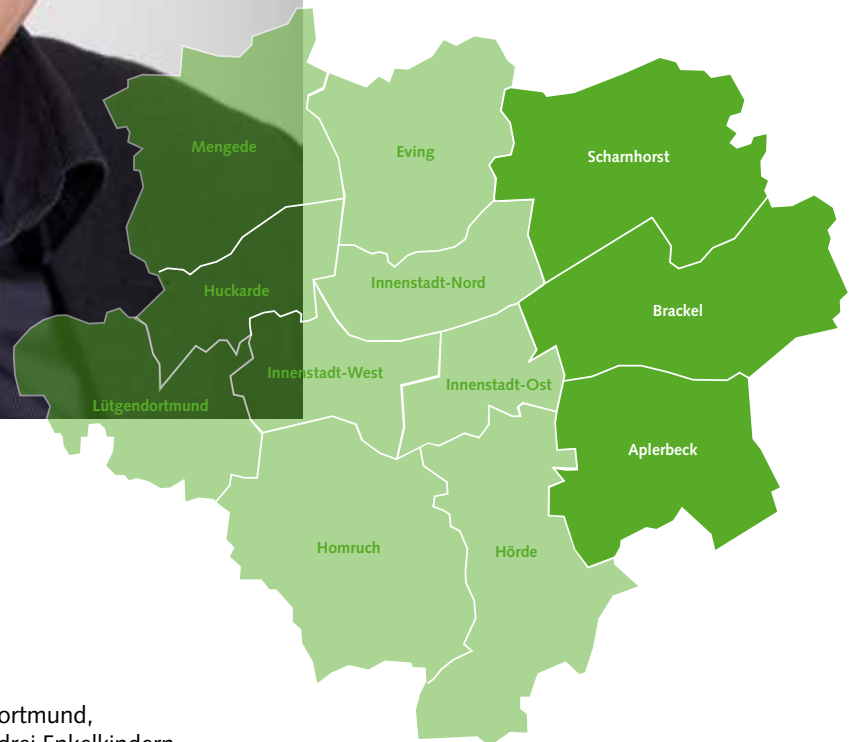
Mit den besten Wünschen

Eure





STADTBEZIRKE
SCHARNHORST
BRACKEL
APLERBECK



MARIO KRÜGER

53 Jahre, im Alter von 8 Monaten zog die Familie nach Dortmund,
Patchwork-Familie mit drei Töchtern, ihren Partnern und drei Enkelkindern

- | | |
|---------------|---|
| 1973 bis 1978 | Realschulabschluss in Dortmund
Ausbildung zum Technischen Zeichner, Fachoberschulreife |
| 1978 bis 1982 | Studium der Versorgungs- und Umwelttechnik
an der FH in Köln, Diplom-Ingenieur |
| 1982 bis 1997 | Projektleiter in Ingenieurbüros und
bei der Bundesknappschaft |
| seit 1997 | Abteilungs- und Niederlassungsleiter der Potthoff GmbH |
| 1984 bis 1989 | Fraktionssprecher in der Bezirksvertretung Lütgendortmund |
| 1989 bis 1994 | Einzelkämpfer in der Bezirksvertretung Huckarde |
| seit 1994 | Mitglied im Rat der Stadt Dortmund |
| seit 2001 | Fraktionssprecher der Dortmunder GRÜNEN Ratsfraktion |
| seit 2004 | Fraktionssprecher der GRÜNEN
im Verkehrsverband Rhein Ruhr (VRR) |
| seit 2006 | Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes Ruhr |

Aufsichtsrat der Klinikum Dortmund gGmbH,
der Dortmunder Energie & Wasser GmbH,
der VRR AöR und der Dortmunder Stadtwerke AG

Telefon: 0174/18 78 168
E-Mail: info@mario-krueger.com

Lieber Fluglärmgegner und liebe ÖPNV-Freundin

53 Jahre lebe ich nun in NRW und bin oft selbst erstaunt über das Tempo: Das Ruhrgebiet ist dabei, sich mit einem völlig neuen Image und auch Selbstverständnis überregional zu positionieren. Der Wandel ist überall spür- und vor allem sichtbar. Positive Bilder entstanden, z. B. durch Ruhr.2010, doch sie dürfen die Probleme nicht überdecken.

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat eindrucksvoll und mit nackten Zahlen offenbart, in welcher prekärer sozialer Lage sich weite Teile unserer Bevölkerung befinden. Opfer sind vor allem die Kinder: In Dortmund lebt inzwischen jedes dritte Kind in Armut – mit all den bekannten negativen Auswirkungen auf Bildung, Arbeitsplatz und Zukunftschancen!

Der Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort, der Umbruch der Wirtschaft mit dem Zusammenbruch der Montanindustrie, der demografische und soziokulturelle Wandel, die Armutsmigration mit Öffnung der EU-Grenzen sowie der Klimawandel stellen die prekären öffentlichen Haushalte in den Kommunen und im Land vor starke Herausforderungen. Die Menschen erwarten von der Politik Antworten – und sie haben das Recht auf Antworten!

Diesen Herausforderungen möchte ich mich stellen.

Beispiel Sozialticket

Als GRÜNE haben wir es – mit Unterstützung der rot-GRÜNEN Landesregierung – geschafft, dass es im Bereich des VRR erstmals ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot für ein Sozialticket gibt. Als GRÜNER Verhandlungsführer im VRR habe ich hartnäckig für einen Preis gekämpft, der nahe an dem Betrag liegt, der im SGB-II-Regelsatz für Mobilität vorgesehen ist. Das VRR-Sozialticket ist ein Schritt in die richtige Richtung – weitere müssen folgen. Dies wollen wir in den kommenden Monaten aushandeln und das VRR-Sozialticket als befristetes Modellprojekt zum Regelangebot überführen. Ansporn für mich ist das frühere Dortmunder Sozialticket für 15 Euro, das wir eingerichtet hatten. 25.000 arme Menschen haben es genutzt! GRÜNE Landespolitik muss deshalb in den

nächsten Jahren ein landesweites Sozialticket erreichen.

Beispiel Flughafen

Wer Armut durch rein quantitatives Wirtschaftswachstum bekämpfen will, liegt genauso falsch wie jene, die eine zukunftsfähige Struktur mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erreichen wollen. Warnendes Beispiel hierfür ist der Dortmunder Flughafen. Diese Subventionsruine raubt rund 200.000 Menschen tagtäglich den Schlaf und kostet die BürgerInnen in Dortmund jährlich über 20 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt dringend an anderen Stellen in der Stadt. Gemeinsam mit der „Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm“ kämpfe ich seit vielen Jahren dafür, dass diese Subventionspolitik ein Ende findet.

Beispiel Verkehrsprojekte

Verkehrsprojekte wie die OWIIIA in Dortmund und im Kreis Unna sind überholte und überdimensionierte Planungen. Mit einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur haben sie nichts zu tun. Denn eine Energiewende ist nur mit einer Verkehrswende zu erreichen. Wer aber einerseits die Mittel für den ÖPNV herunterfährt und andererseits horrendes Geld für einen weiteren Ausbau der Bundes-, Landesstraßen und Autobahnen vorsieht, handelt in meinen Augen kontraproduktiv. Ich will mich dafür einsetzen, dass der ÖPNV Vorfahrt bekommt und bezahlbar bleibt. Alle Menschen müssen unabhängig vom Geldbeutel mit Bus und Bahn am gesellschaftlichen Leben in unserer Region teilhaben können.

Beispiel Energiepolitik

Die Beispiele des GEKKO-Kraftwerks in Hamm und des EON-Kraftwerks in Datteln zeigen, dass mit Monopolisten wie RWE und EON eine Energiewende nicht zu erreichen ist. Mit der Übernahme von Unternehmen wie Gelsenwasser und STEAG wurden wichtige Infrastruktureinrichtungen in kommunale Trägerschaft überführt. Weitere Entscheidungen zur Rekommunalisierung – wie für die DEW – müssen folgen. Strategische Entscheidungen dürfen nicht einzelnen Stadtwerkechefs oder OBs überlassen werden. Wer eine Energiewende will, der kann sich nicht damit zufried-

den geben, dass einerseits Uralt-Kohlekraftwerke weitergefahren werden und andererseits Planungen zum Bau effizienter Gas- und Dampf-Kraftwerke zurückgestellt werden. Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung, kombiniert mit einem über Bundes- und Landesmittel finanzierten Wohnungsanierungsprogramm. Eine GRÜNE Energiewende wird der Wirtschaft neue Impulse bringen, schafft stabile Arbeitsplätze und schon das Klima.

Ich möchte meine langjährigen kommunalpolitischen Erfahrungen im Rat der Stadt Dortmund, meine Kenntnisse der Strukturen, meine Vernetzung in der Region, mein Engagement bei den Naturschutzverbänden und den Flughafen-Initiativen und vor allem aber meine Leidenschaft für ein soziales und ökologisches Ruhrgebiet im neuen Landtag einbringen.

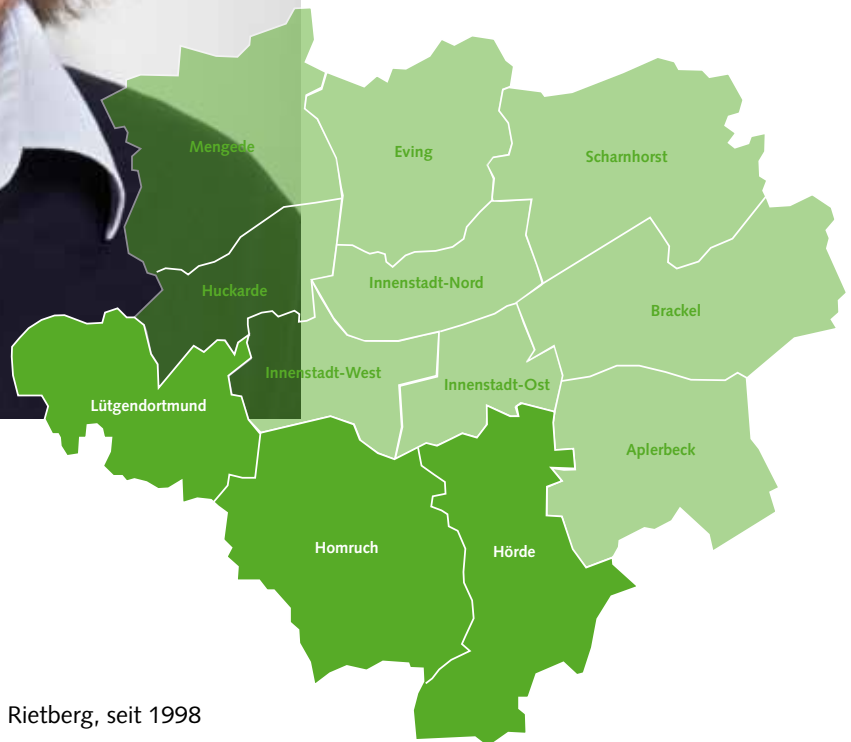
Das kann nur mit Ihnen gelingen und daher bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Zustimmung.

Ihr





STADTBEZIRKE HÖRDE HOMRUCH LÜTGENDORTMUND



ULRICH LANGHORST

44 Jahre, geboren und aufgewachsen im ostwestfälischen Rietberg, seit 1998 in Dortmund lebend, verheiratet, zwei Kinder

- | | |
|---------------|--|
| 1987 | Abitur in Rietberg |
| 1987 bis 1989 | Zivildienst in der Westfälischen Klinik für Psychiatrie in Paderborn |
| 1989 bis 1996 | Studium der Geographie an den Unis Münster und Bochum
Diplom-Geograph |
| 1992 bis 2001 | (wissenschaftlicher) Mitarbeiter bei der ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH in Bochum |
| seit 2001 | freiberufliche Tätigkeit im Bereich der Wirtschafts- und Regionalanalysen |
| seit 2005 | Mitarbeiter des Dortmunder GRÜNEN
Bundestagsabgeordneten Markus Kurth |
| 2006 bis 2009 | Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes Dortmund |
| seit 2009 | Mitglied im Rat der Stadt Dortmund
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit
Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss,
Mitglied im Beirat und Trägersausschuss des
Dortmunder Jobcenters |

Telefon: 0173/2 11 59 29
E-Mail: langhorst@gruene-dortmund.de

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

seit etwas mehr als zehn Jahren bin ich jetzt bei den Dortmunder GRÜNEN aktiv. Bis dahin war ich ein Wähler der GRÜNEN ohne großen Hang zur aktiven Politik – aber dennoch mit dem Wunsch oder vielleicht auch dem Drang mehr zu tun, als einfach nur alle Jubeljahre seine Stimme abzugeben. Mit dem Gang ins GRÜNE Büro (damals noch oben an der Ruhrallee) hat sich bei mir einiges geändert. Meine Zwischenbilanz: Es lohnt sich; allein für ein gutes Gefühl, die Gesellschaft mit zu bewegen.

Dabei kann ich nur sagen: Macht mit! Demokratie kann gar nicht genug Leute haben, die sich aktiv für sie einbringen. Und dies meine ich ausdrücklich überparteilich (... obwohl die GRÜNEN natürlich die Besten sind und es bei uns am meisten Spaß macht...).

Für mich steht mit der Kandidatur für ein Direktmandat im nordrhein-westfälischen Landtag ein Schritt an, über den sogenannten eigenen Tellerrand hinaus zu schauen. Ich bin GRÜNES Mitglied im Rat der Stadt Dortmund. Wenn wir uns dort im Sozialausschuss informieren und miteinander diskutieren, stoßen wir immer wieder schnell an die Grenzen unserer Möglichkeiten, als Kommune eigenständig zu handeln. Fakt ist, dass vieles von Europa, vom Bund und natürlich auch vom Land aus festgesetzt wird. Und anstatt immer wieder von Dortmund aus gut gemeinte Aufforderungen an die Landesregierung nach Düsseldorf zu schicken, ist eine direkte Mitgestaltung in der Landeshauptstadt gut und sinnvoll.

Von der Bordsteinkante zur Riesenaufgabe Inklusion

Die Welt, in der wir leben, ist in der Regel auf die Menschen ausgerichtet, die im üblichen Sprachgebrauch als „normal“ durchgehen. Diejenigen, die durch dieses Raster der „Normalität“ fallen, haben in der Regel ein Problem.

Das ist mir – banalerweise – erstmals richtig aufgegangen, als ich mich mit dem Kinderwagen durch unsere Stadt bewegt

habe. Bordsteinkanten hier, fehlende Aufzüge da; überall tauchen Hindernisse auf, die ich als „normaler“ Mensch erst gar nicht bemerke. Was machen die Leute, die aufgrund ihrer Einschränkungen ständig mit den Hindernissen der „normalen“ Welt umgehen müssen? Oder anders gefragt: Wenn ich eines Tages alt bin oder mich vorher durch Unfall oder Krankheit eine Behinderung „erwischt“: Wie kann ich dann mit diesen Hindernissen und Behinderungen leben?

Gesellschaft muss meiner Meinung nach so aufgebaut sein, dass sie die Teilhabe aller Menschen egal in welcher Lebenssituation ermöglicht. Inklusion ist hier das Stichwort, das für mich im sozialpolitischen Bereich die weitestreichende Herausforderung darstellt. Wir leben erst dann in einer inklusiven Gesellschaft, wenn jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung oder sexueller Identität die gleichen Rechte und Möglichkeiten hat, nicht sozial an den Rand gedrängt wird und am demokratischen Leben teilnehmen kann. Im Grunde geht es um die Freiheit der Menschen, mit Unterstützung der Solidargemeinschaft die gleichen Lebenschancen zu haben und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Es ist klar, dass die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft eine Riesenaufgabe ist. Neben der Frage, wie unser öffentlicher Raum inklusiv wird, muss ein weitergehendes Umdenken stattfinden. Inklusion findet vor allen Dingen im Kopf statt.

Auf Landesebene wird zurzeit intensiv an dem Konzept einer inklusiven Schule gearbeitet. Das ist gut so! Aber die Reise wird weitergehen und Inklusion wird sich zunehmend auf andere Lebensbereiche erstrecken.

Hauptstadt der Armut?

Wie sieht es mit den Lebenschancen und der Teilhabe aus, wenn man arm ist? Ziemliche Fehlanzeige. Armut ist das Haupthindernis zur Teilhabe an der Gesellschaft. Armut erschwert Bildungschancen

und verbaut den Zugang zum Arbeitsmarkt. Und das Problem der Armut haben wir in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet und hier vor allem in Dortmund. Und sie verfestigt sich: Selbst wenn die Wirtschaftskraft auflebt oder sich abschwächt, hat das so gut wie keine Auswirkungen mehr auf die Entwicklung der Armut. Wer in der Armutsfalle sitzt, hat es unglaublich schwer, dort herauszukommen.

Zunehmend mehr Menschen sind von Armut bedroht. Allein in Dortmund können mehr als 14.000 Menschen nicht mehr vom Lohn ihrer Arbeit leben und sind auf Hilfen des Staates angewiesen. Neben der Bekämpfung der Armut im Allgemeinen sind hier vor allem Regelungen eines gerechten und existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns gefordert. Er ist ein Muss für faire und gute Beschäftigung.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind also im Wesentlichen meine Bereiche und Themen, die ich gerne in Düsseldorf einbringen möchte. Der GRÜNE sozialpolitische Dreiklang „Gerechtigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung“ ist dabei meine Leitlinie.

Ich freue mich also, wenn Ihr mir am 13. Mai im Wahlkreis 114 in Hörde, Hombruch oder Lütgendortmund Eure Stimme gebt.

Viele Grüße,



ES KOMMT DER TAG, DA WILL DIE SÄGE SÄGEN

Bei einer Rekommunalisierung der DEW21 ist dieser Tag nicht mehr so weit entfernt.

► Am 31. Dezember 2014 läuft der bisherige Gesellschaftervertrag aus. Das bietet die einmalige Chance, die DEW21 komplett in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Zurzeit gehören die DEW zu 53 Prozent den Dortmunder Stadtwerken und zu 47 Prozent dem RWE-Konzern.

Ob sich das auch umsetzen lässt, entscheidet sich in den nächsten Monaten. Unser GRÜNES Ziel dabei ist klar: Wir wollen die Beteiligung der RWE an der DEW21 schnellstmöglich und (sofern machbar) komplett beenden. Denn die RWE stehen als Energiemulti für Atomkraft und Kohle. Sie sind maßgeblich mitverantwortlich für eine Energiepolitik, die den Klimawandel mit verursacht hat.

Eine Rekommunalisierung der DEW würde den Handlungsspielraum beim Energiebezug und bei der Energieerzeugung deutlich erhöhen. Nur dann kann die Energiewende in Dortmund gelingen. Eine lokal gesteuerte Energieversorgung, gestützt auf dezentrale Erzeugung, kurze Netzwege und erneuerbare Energieträger, bietet sowohl ökologische als auch regional- und volkswirtschaftliche Vorteile. Für die Stadt und die VerbraucherInnen ist sie zudem wirtschaftlicher als die Abhängigkeit von marktbeherrschenden, weltweit operierenden Großkonzernen, für die Arbeitsplätze nur Kostenfaktoren sind.

Die Verwaltung schlägt nun vor, die weitere Entwicklung der Gesellschafterstruktur der DEW von einem Gutachter prüfen zu lassen – mit Varianten von der Fortsetzung des Status quo über eine Verminderung der Beteiligung von RWE auf 33 Prozent oder 25,1 Prozent bis hin zur vollständigen Rekommunalisierung durch die Beendigung der Beteiligung.

Teure Vertragsklauseln

Wir GRÜNE halten es allerdings für notwendig, als Erstes herauszufinden, zu wel-

chem Preis eine komplette Übernahme der RWE-Anteile zu haben ist. Laut Konsortialvertrag muss bei einer Nichtverlängerung für die Beteiligung der „Sachzeitwert zu Neuanschaffungspreisen“ an RWE gezahlt werden. Das ist erheblich mehr als der gegenwärtige Ertragswert.

Ob eine vollständige Rekommunalisierung unter diesen Bedingungen im Rat eine Mehrheit findet, wird sich zeigen. Denn Stadt, Stadtwerke, RWE und insbesondere die SPD sind nach wie vor eng verflochten. Schon 1992 drückten die damaligen SPD-Spitzengeossen Zeidler, Samtlebe und Ziegler die Beteiligung der damaligen VEW (heute RWE) an der neu zu gründenden DEW21 in einer Geheimrunde durch und räumten der VEW erhebliche Vorteile ein. Damals wurde die Chance einer eigenen kommunalen Stromversorgung verpasst.

Wegen dieser gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen war DEW21 in der Vergangenheit gezwungen, zunächst von der VEW und später von der RWE den Großteil des von ihr verteilten Stroms – und damit auch Atomstrom – einzukaufen. Für DEW21 blieb als reiner Netzverteiler einzig das EndkundInnenengeschäft. Weitere Beteiligungen wie z. B. der Einstieg von DEW21 in das RWE-Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle „GEKKO“ in Hamm oder die 3,8-Prozent-Beteiligung an „Green Gekko“ der RWE Innogy stärkten das enge Band zwischen RWE und DSW21 bzw. DEW21 – wobei die RWE die Entscheidungen nur zu gern allein trifft.

Und diese enge Verflechtung hat Folgen: Im Vergleich zu anderen Städten haben wir in Dortmund viele Nachtstromheizungen, aber wenige Blockheizkraftwerke. Die DEW21 blies 2006 mit jeder Kilowattstunde Strom 917 Gramm CO₂ in die Luft, fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt (514 Gramm). Inzwischen hat sich der CO₂-Ausstoß mit dem Bau bzw. Kauf diverser Windkraftanlagen etwas gebessert.

Das Bundeskartellamt hatte 1992 die Verflechtung mit VEW – insbesondere den DEW-Stromeinkauf von VEW/RWE – kritisch bewertet und zum Auslaufen des Konsortialvertrags in 2014 eine erneute Überprüfung festgesetzt.

Vor diesem Hintergrund kann man also skeptisch sein, ob die SPD-Fraktion ihren eigenen Parteitagsbeschluss umsetzt und die Rekommunalisierung von DEW21 konsequent angeht – oder aber das Beziehungsgeflecht zum RWE-Konzern weiter gepflegt werden soll. Für das Zweite spricht, dass RWE auch in der Zukunft ein wichtiger Platz in der Dortmunder Energiepolitik zugestanden werden soll. Denn in der entsprechenden Verwaltungsvorlage heißt es unter anderem: „Bei den Fallgestaltungen ist mit zu betrachten, inwieweit RWE bei der Entwicklung von Dortmund als Modellstadt der Energiewende eingebunden werden kann.“ Nach einer größtmöglichen Trennung von RWE hört sich das nicht an.

Befangener Oberbürgermeister

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, dass Oberbürgermeister Ullrich Sierau im Aufsichtsrat der RWE AG sitzt. Und dies nicht etwa als Vertreter oder auf Vorschlag der Stadt.

Eine von uns in Auftrag gegebene rechtliche Bewertung kommt zu dem Schluss, dass der Oberbürgermeister befangen ist und an den Beratungen und den Beschlussfassungen über die Fortschreibung des Konsortialvertrags mit RWE nicht mitwirken darf. Wir haben diese Bewertung inzwischen an die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde weitergeleitet und um eine Stellungnahme gebeten.

Die Verhandlungen mit RWE werden schwierig werden. Wir GRÜNE werden dabei das Ziel einer größtmöglichen Trennung von RWE konsequent weiterverfolgen. ●

Ingrid Reuter und Mario Krüger
sind SprecherInnen der Ratsfraktion

ES GEHT UM DIE WURST



DAS GRILLEN IN STÄDTISCHEN GRÜNANLAGEN IST AUCH EINE SOZIALE FRAGE

► Die Tage werden wieder länger und wärmer, die Grillsaison beginnt. Wer keinen Balkon oder keinen eigenen Garten hat, geht in die öffentlichen Grünanlagen. Die Frage: „Wo darf ich grillen und wo nicht?“ ist deshalb auch eine soziale Frage.

Noch ist in ganz Dortmund das Grillen in Grünanlagen erlaubt. In ganz Dortmund? Nein. Eine Mehrheit aus SPD und CDU in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord hat vor drei Jahren das Grillen im Fredenbaumpark auf drei Grillstellen beschränkt, für die man sich lange vorher anmelden muss. Hintergrund waren Probleme insbesondere mit der Müllentsorgung. Diese Regelung geht allerdings an der Lebensrealität vieler Menschen vollkommen vorbei. Denn gerade in der Nordstadt haben viele einkommensschwache Personen und Familien aufgrund ihrer Wohnverhältnisse keine Möglichkeit, sich bei schönem Wetter im Freien aufzuhalten und zu grillen. Als GRÜNE haben wir deshalb immer wieder gefordert, diese Regelungen aufzuheben. Doch CDU und SPD im Norden blockierten das.

Die Verwaltung wollte Anfang des Jahres das Problem generell und stadtweit lösen und in den Stadtbezirken feste Grillflächen ausweisen. Eine Vorlage sah Verbesserungen für den Fredenbaumpark und wollte gleichzeitig das Grillen in öffentlichen Grünanlagen auf einige wenige Flächen beschränken – mit Auswirkungen insbesondere auf die stark genutzten Anlagen in der Innenstadt, vor allem im Westpark. Hier lebt die Aufenthaltsqualität des Parks für die meisten der vielen jüngeren BesucherInnen und Familien gerade von der uneingeschränkten Möglichkeit des Grillens.

Grill-Gipfel

Die Bezirksvertretungen haben in ihren Beratungen der Vorlage deutlich gemacht, dass sie weder ein Problem mit der bisherigen Regelung haben, noch eine Änderung wünschen. Das gilt auch für die Innenstadt-Bezirke. Die Bezirksvertretung Innenstadt-West wünscht sogar ausdrücklich, den momentanen Zustand im Westpark beizubehalten. Die Verwaltung hat deshalb ihre Vorlage zurückgezogen und lädt VertreterInnen der Bezirksvertretungen und der Ratsfraktionen kurzfristig zu einem Grill-Gipfel ein. Wir GRÜNE werden darauf drängen, dass die städtischen Parks auch weiterhin möglichst ohne große Einschränkungen zum Grillen genutzt werden können und das Grillen im Fredenbaumpark wieder möglich wird. Statt immer neuer Verbote, Einschränkungen und eines zunehmenden Kontrolldrucks sollen die Bedingungen für das Grillen mit einem umfassenden Müllkonzept verbessert werden, insbesondere im Fredenbaum-, West- und Tremoniapark.

Es geht also in den nächsten Wochen um die Wurst – die hoffentlich bio ist. ●

Wolfram Frebel ist Ratsmitglied der GRÜNEN



GRÜNE FRAKTION DRÄNGT AUF AUSWEITUNG DES DROGENKONSUMRAUMS

► Die Ratsfraktion drängt auf eine Erweiterung des Drogenkonsumraums am Eisenmarkt um zwei zusätzliche Plätze sowie auf die Ausweitung der Öffnungszeiten. Bei der Beratung des Haushaltes 2012 hatte der Rat einen entsprechenden GRÜNEN Antrag beschlossen.

Der 2002 eingerichtete Drogenkonsumraum wird von langjährig und schwerst-abhängigen Menschen wöchentlich für etwa 600 „Konsumvorgänge“ genutzt. Dabei sichert er vielfach das Überleben der Abhängigen durch den kontrollierten Drogenkonsum unter sauberen und notfallmedizinisch begleiteten Bedingungen. Wichtig sind ebenso die weitergehenden Hilfen, die einen Ausstieg erleichtern können. Allerdings werden die momentanen Öffnungszeiten dem Bedarf nicht gerecht. An den Wochenenden ist der Raum überhaupt nicht geöffnet. Das führt zu einer Verdrängung des Drogenkonsums in den öffentlichen Raum und zu einer Verschlechterung der Situation für die Drogenabhängigen. Ein verbessertes Angebot ist deshalb sowohl aus sozial- und gesundheitspolitischer als auch aus ordnungspolitischer Hinsicht sinnvoll. Der Rat hat im Dezember 300.000 Euro bereitgestellt, um entweder die Öffnungszeiten auszuweiten oder einen zusätzlichen mobilen Drogenkonsumraum einzurichten.

Ein weiteres Problem ist die nicht mehr ausreichende Anzahl der Plätze. Der Drogenkonsumraum bietet zurzeit jeweils acht Plätze für den intravenösen sowie für den weniger gesundheitsgefährdenden inhalativen Drogenkonsum, also das Rauchen von Drogen. Gerade für diese Plätze steigt die Nachfrage aber kontinuierlich an, das vorhandene Angebot reicht oft nicht aus. Das führt dazu, dass DrogenkonsumentInnen dann doch intravenös oder außerhalb der Einrichtung konsumieren. Eine Anwesenheit der notfallmedizinisch ausgebildeten und geschulten MitarbeiterInnen ist dann nicht mehr gegeben. Die für zwei zusätzliche Plätze benötigten 20.000 Euro jährlich stehen nach der Genehmigung des städtischen Haushalts durch die Bezirksregierung inzwischen ebenso zur Verfügung wie die 300.000 Euro zur Verlängerung der Öffnungszeiten.

Mit einem Antrag im letzten Sozialausschuss hat sich die Ratsfraktion deshalb dafür eingesetzt, dass die beschlossenen Verbesserungen nun so schnell wie möglich umgesetzt werden, statt die zur Verfügung stehenden Gelder im Haushalt versickern zu lassen. Denn jede weitere Verzögerung geht zu Lasten der Nutzer und Nutzerinnen des Drogenkonsumraums. ●

Ulrich Langhorst ist Ratsmitglied der GRÜNEN



► Wer gesetzlich verbriefte soziale Leistungen in Anspruch nehmen will, erlebt leider zu oft ein blaues Wunder:

► Wenn ein Mitarbeiter eines Jobcenters bei einem wegen der Mietkosten verfügten Wohnungswechsel keine Umzugshelfer bezahlen will („Sie kennen als Arbeitsloser doch bestimmt andere Arbeitslose, die Ihnen helfen können...“),

► wenn die Pflegekasse ältere Menschen, die einen ambulanten Dienst brauchen, nicht ausreichend unterstützt,

► wenn die Unfallkasse einer Postbeamtin die Verletztenrente kürzt, ohne sie persönlich anzuhören oder die Krankenkasse einer Mutter trotz eindeutiger ärztlicher Empfehlung die Kur nicht bewilligt,

dann stehen dahinter oft Eigeninteressen von Kassen und Behörden. Die Sozialkassen wollen ihr Budget schonen. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Verwaltungen es teilweise bewusst auf den Rechtsbruch ankommen lassen, um dann den Widerspruch und die Klage der Anspruchsberechtigten abzuwarten.

Die genannten Beispiele stehen exemplarisch und nach meiner Wahrnehmung immer häufiger für den Umgang von Behörden und Sozialversicherungen mit ihren „Kundinnen und Kunden“. Die Rechte der BürgerInnen auf Beratung, auf angemessene Leistungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleiben dabei auf der Strecke. Dafür, dass es sich bei dieser Praxis nicht nur um vereinzelte Ausrutscher handelt, spricht auch die Zahl der Verfahren vor den Sozialgerichten. Diese steigt seit Jahren an – und zwar nicht nur wegen der Hartz-IV-Klagen. Für mich und für die GRÜNE Bundestagsfraktion ist dies Anlass, das individuelle und kollektive Anrecht der Menschen auf soziale Leistungen zu stärken. Zu Jahresbeginn haben wir einen

Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem wir unsere Forderungen nach sozialen Bürgerrechten formuliert und gebündelt haben.

Individuelle Rechte stärken

Wie findet man zu seinem Problem die passende Sozialleistung? Ohne Beratung ist der Einzelne da oft überfordert. Doch Beratung zu finden ist für viele Betroffene genauso schwierig. Nach unserer Erfahrung fehlen in vielen Verwaltungen sowohl das Interesse als auch die Zeit, die Bürgerinnen und Bürger gut zu beraten. Daher wollen wir für den gesamten Bereich der sozialen Leistungen unabhängige Beratungsstellen schaffen – vergleichbar mit der unabhängigen Patientenberatung. Wenn es um die konkrete Ausgestaltung von Therapien, Kuren oder Weiterbildungen geht, wird gerne über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. Solche Maßnahmen sind aber umso wirksamer, je stärker sie auf die Bedürfnisse und Wünsche des Einzelnen eingehen und dessen Motivation zur Mitwirkung stärken. Darum setzen wir uns hier für mehr Wunsch- und Wahlrechte ein. Ist trotzdem eine Auseinandersetzung mit den Ämtern unvermeidbar, dann müssen sich auch Menschen mit geringem Einkommen einen Anwalt und einen Prozess leisten können. Das muss auch weiterhin kostenfrei sein.

Rechte stärken durch ein Verbandsklagerecht

Der Rechtsweg ist für viele Betroffene, die sich ja ohnehin in einer Notlage oder einem schlechten gesundheitlichen Zustand befinden, sehr mühselig. Zwar können Betroffene einen Wohlfahrts- oder Sozialverband beauftragen, sie in Gerichtsverhandlungen zu vertreten. Doch viele Menschen kennen diesen Weg nicht. Und diese Verbände können – anders als im Umwelt- und Verbraucherschutz – bei Sozialrechtsverstößen

nicht eigenständig aktiv werden. Wir wollen ein solches Verbandsklagerecht auch im Sozialrecht einführen. Für Sozialbehörden, die sich beispielsweise notorisch weigern, ihr Verwaltungshandeln an die gängige Rechtsprechung anzupassen und es immer wieder auf Klagen ankommen lassen, würde dann die Luft dünner.

Sein Recht bekommen ohne Gericht

Verwaltungen haben sich an das geltende Recht zu halten. Tun sie das nicht, muss die staatliche Aufsichtsstelle einschreiten. Doch auch sie kann nicht verhindern, dass immer häufiger Streitigkeiten erst vor Gericht entschieden werden. Bislang müssen Kranken- und Unfallkassen eine Gebühr zahlen, wenn sie eine Rechtsstreitigkeit mit Nutzern sozialer Leistungen nur gerichtlich klären können. Den Jobcentern sowie Sozial- und Jugendämtern werden solche Gebühren dagegen nicht auferlegt. Sie können sich daher einen lockeren Umgang mit den Rechten der Anspruchsberechtigten leisten. Wir GRÜNE wollen das ändern. Unser Ziel: Jede Verwaltung sollte einen Anreiz haben, so gut zu arbeiten, dass Auseinandersetzungen vor Gericht die Ausnahme bleiben.

Noch Fragen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion
Markus Kurth MdB, Sprecher für Sozial- und Behindertenpolitik

Zum Weiterlesen:
www.bundestag.de/drucksachen

17/7032 -> Soziale Bürgerrechte garantieren – Rechtsposition der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Leistungen stärken

17/6348 -> Rechte von Patientinnen und Patienten durchsetzen

17/5323 -> Personenzentrierte und ganzheitliche Reform des Betreuungsrechts

17/3435 -> Menschenwürdiges Dasein und Teilhabe für alle gewährleisten

17/3207 -> Rechte der Arbeitssuchenden stärken - Sanktionen aussetzen

TRANSPARENTE BANKGESCHÄFTE – WARUM DER KREISVERBAND EIN NEUES KONTO HAT

► Der Dortmunder Kreisverband von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wickelt seine Bankgeschäfte jetzt bei der ersten sozial-ökologischen Universalbank der Welt ab: Die GLS Bank ist eine Mitgliederbank, bekannt für einen wertorientierten Umgang mit Geld und für Bankgeschäfte, die die Öffentlichkeit nachvollziehen kann.

Jeden Tag stimmen wir alle mehrfach darüber ab, wie unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft aussehen. Wir entscheiden über die Anteile biologischer Landwirtschaft und ökologischen Stroms, über Art und Umfang unserer Mobilität und über Arbeitsbedingungen unserer Mitmenschen:

Jeder Geldschein ist ein Stimmzettel, jede Ladenkasse eine Wahlurne.

Am Bankschalter ist das nicht anders: Jede Einzahlung auf ein Sparkonto, jede Anlageentscheidung hat ihre Wirkung. Um die Verantwortung unserer Wahl übernehmen zu können, müssen wir die Auswirkungen unserer eigenen Entscheidungen

allerdings überschauen können. Dem steht die Undurchschaubarkeit des heutigen Bankwesens leider immer noch entgegen! Als AnlegerIn sollten wir auf einfache Weise erfahren können, wie unser investiertes Geld eingesetzt wird und woher die Erträge stammen, die am Jahresende unseren Konten gutgeschrieben werden. Die meisten Banken sind aber wie eine Black Box in die wir unser Geld hineinstecken, ohne erfahren zu können, was damit geschieht und woher die Erträge kommen.

Machen Sie den Test: Fragen Sie am Bankschalter Ihrer Bank, wie das Geld Ihres Sparkontos oder Ihrer Anlage investiert wird.

Wer sein Geld einer Bank anvertraut, die nur nach der höchsten Rendite anlegt, fördert „Heuschreckenverhalten“. Die GLS Bank bietet indes die Möglichkeit für einen anderen Umgang mit Geld: Sie verknüpft Geldanlagen mit sozialen und ökologischen Aufträgen. Kunden der GLS Bank können zudem darüber mitbestimmen, in welchem der vielfältigen Anlage-

bereiche ihr Geld eingesetzt wird. Diese Beteiligungsmöglichkeit entspricht dem demokratischen Anspruch des Dortmunder Kreisverbands. Außerdem ist der wertorientierte Umgang der GLS Bank mit Geld politisch verantwortungsvoll, denn er wirkt sich stabilisierend auf unseren Finanzmarkt aus.

Deswegen lautet die neue Bankverbindung des Kreisverbandes Dortmund seit diesem Jahr:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund
Konto-Nummer 4035826900 bei der
GLS Bank (BLZ: 430 609 67)

Wer mehr über die GLS Bank erfahren möchte: www.gls.de oder 0234 5797 100

Christian Nähle Mitglied der GRÜNEN seit 2006.

BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____
Vorname _____
Geschlecht weiblich männlich
Straße/Hausnr. _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon/Fax _____
Handy _____
E-Mail _____
Beruf _____
geboren am _____ in _____
Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____
Aufnahmedatum _____
Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____
BLZ _____
KTO-Nr. _____
Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____
Unterschrift _____

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/502 20 78 · Fax.: 0231/5 02 20 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

AnsprechpartnerInnen im Büro:

Petra Kesper Fachbereiche Ökologie, Wirtschaft und Stadtplanung

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder, Jugend und Kultur

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

Sprecherin: Lea Sommer - E-Mail: lea.som@gjdo.de

Sprecher: Simon Liederwald - E-Mail: simonliederwald@gmx.de

TERMINE

Bis zum 13. Mai läuft der Wahlkampf für den Landtag NRW – offen für alle.
Infos über die zahlreichen Veranstaltungen und Infostände findet ihr
im Kreisverbandsbüro oder unter gruene-dortmund.de

Bis zum 13. Mai jeden Donnerstag, 20.00 Uhr, Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
WAHL-AG

Donnerstag, 26. April, ab 15.30 Uhr, Platz an der Reinoldikirche
TSCHERNOBYL-JAHRESTAG, Aktionstag für eine echte Energiewende
Mit dabei: viele Initiativen und die stv. Ministerpräsidentin von NRW Sylvia Löhrmann

Freitag, 27. April, 11.00 Uhr
NORDSTADTRUNDGANG mit Daniela Schneckeburger, Saziye Altundal-Köse
und Prof. Jürgen Friedrichs, Universität zu Köln.

Jürgen Friedrichs zählt zu den Vorreitern der deutschen Stadtsoziologie - unter seiner Leitung
wurde 1982 die Forschungsstelle „Vergleichende Stadtforschung“ an der Universität Ham-
burg gegründet. Samstag, 28. April, ab 14.00 Uhr, KAFFEEMOBIL am Platz von Netanya

Dienstag, 1. Mai, Westfalenpark, DGB MAIKUNDGEBUNG

Donnerstag, 3. Mai, ab 10.00 Uhr, Kai Gehring, MdB und Daniela Schneckeburger
ZU GAST AUF DEM CAMPUS

Freitag, 4. Mai, 15.30 Uhr–17.00 Uhr Platz an der Reinoldikirche
Jürgen Trittin, MdB, Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion
und Sylvia Löhrmann, stv. Ministerpräsidentin von NRW

Mittwoch, 9. Mai, vor Ort
Cem Özdemir, Bundesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Samstag, 12.05.2012, KNEIPENTOUR IN DER POKALNACHT
Claudia Roth, Bundesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sonntag, 13. März 2012, 18.00 Uhr, Rathaus, Friedensplatz 1, Dortmund
LANDTAGSWAHL-PARTY

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (1, 3, 12, 13, 14, 16), Benito Barajas (1, 4, 6, 8, 10), testfight/photocase.com (13)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT & TITEL : Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 3.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

